

**Begleitheft
zur
Ausstellung**

3. Auflage

DAS NSU-NETZWERK

Staat und Nazis Hand in Hand - Fakten und Hintergründe

Vorwort

In Nürnberg begann am 9. September 2000 die Mordserie des NSU-Netzwerkes und 2 weitere Morde wurden hier verübt. Bereits am 23. Juni 1999 explodierte in der Gaststätte „Sonnenschein“ in Nürnberg ein Sprengsatz, der ebenfalls dem NSU-Netzwerk zugeordnet wird und bei dem ein 18-Jähriger an Gesicht und Oberkörper verletzt wurde.

Auch wir, das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg, haben diese Taten damals nicht mit Neonazis in Verbindung gebracht. Das ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, niemals zu vergessen und heute mehr denn je, aktiv gegen RassistInnen, FaschistInnen und Menschenverachtung einzustehen. Aus dieser Verpflichtung heraus entstand diese Ausstellung mit insgesamt 9 Tafeln, auf denen wir das NSU-Netzwerk und seine Hintergründe darstellen sowie daraus folgend eine politische Analyse vornehmen.

Die von uns zusammengetragenen Fakten und Erkenntnisse sind öffentlich zugänglich und nachprüfbar. Wir haben kein umfangreiches Quellenverzeichnis erstellt, weil wir die Ausstellung nicht als wissenschaftliche Arbeit, sondern als politisches Statement konzipiert haben.

Im Münchner NSU-Prozess und in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wurde offensichtlich, dass Bundesanwaltschaft und Geheimdienste die Aufklärung behindern und die Wahrheit nicht ermitteln wollen. Es sind kritische JournalistInnen, die NebenklageanwältInnen, politische AktivistInnen und linke Medien, die mit ihren Recherchen und Veröffentlichungen der Wahrheit auf der Spur sind. Wir zeichnen Erkenntnisse und Indizien nach und benennen sie. Wir zählen 1 und 1 zusammen und kommen durch unsere Analyse zu Schlüssen, die Polizei, Ermittlungsbehörden und Mainstreammedien aus naheliegenden Gründen ablehnen: **Staatliche Stellen arbeiten nachweislich mit militanten Nazis zusammen, unterstützen sie, finanzieren sie, beschützen sie, bauen ihre Strukturen mit auf und helfen ihnen sogar dann noch, wenn es um Mord geht.** Besonders aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang die Urteile im NSU-Prozess gegen André Eminger und Carsten Schultze. Eminger, der bis heute bekennende und aktive Neonazi, bekommt zweieinhalb Jahre Haft. Schultze, der sich glaubwürdig distanziert und an der Aufklärung mitgewirkt hat, bekommt drei Jahre. Eine klare Ansage des Staatsschutz(senat)es an alle ausstiegswilligen Nazis.

Die Ausstellung befasst sich mit Tätern: mit dem „Netzwerk von Kameraden“, wie sich der NSU in seiner Bekenner-DVD selbst bezeichnet, mit gesellschaftlichem Rassismus, mit dem Rassismus der Medien, mit rechten Strukturen und nicht zuletzt mit staatlichen Institutionen. Die Tafeln bringen schlaglichtartig einzelne Themenbereiche rund um den NSU-Komplex und seine Vorgeschichte auf den Punkt. Dabei muss vieles unter den Tisch fallen, was wichtig und erwähnenswert wäre. Der gesamte Bereich, der sich mit den Opfern des NSU befasst, wurde von uns ausgeklammert, weil es hierzu bereits eine hervorragende Ausstellung des Nürnberger Instituts für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) gibt („Die Opfer des NSU und die Aufarbeitung der Verbrechen“, www.opfer-des-nsu.de).

In unserer Ausstellung wird gezeigt, dass die Behauptung, der Staat hätte von nichts gewusst, völlig unglaubwürdig ist. Unzählige V-Leute, die selbst Teil des NSU-Netzwerkes waren, haben den Behörden berichtet. Die Schredderaktionen in den Verfassungsschutzämtern nach der Selbstenttarnung des NSU dienten offensichtlich dem Zweck, Beweise über die Zusammenarbeit des Verfassungsschutzes mit den Nazis zu vernichten.

Dabei ist es keineswegs das erste Mal, dass der BRD-Staat Nazi-Strukturen aufbaut und beschützt. Der westdeutsche Staat bediente sich schon seit seiner Gründung in Politik, Wirtschaft und Geheimdiensten alter Nazis. Und auch heute, nach dem angeblichen Ende des NSU-Netzwerkes, gehen die Naziumtriebe einschließlich Mordanschlägen unter tätiger Mithilfe des Staates weiter. Es wäre allerdings falsch zu behaupten, der Staat habe aus dem NSU nichts gelernt: Die neueste Gesetzgebung legalisiert Straftaten von V-Leuten, die vor der Selbstaufdeckung des NSU noch illegal waren.

Eines ist im Kapitalismus klar: Der Feind steht links. Nationalistische, rassistische und völkische Gruppierungen werden vom kapitalistischen Staat, je nach aktueller Interessenlage, für eigene Zwecke benutzt oder auch mal punktuell bekämpft. Wir AntifaschistInnen wissen alle aus eigener Erfahrung, wie sich die Staatsmacht auf unseren Demos und Kundgebungen uns gegenüber und den Nazis gegenüber verhält. Deshalb ist das Fazit am Ende der Ausstellung klar: „Auf diesen Staat brauchen wir im Kampf gegen Nazis nicht zu hoffen. Gegen Nazis hilft nur eines: Organisiert euch, leistet Widerstand!“

Redaktionsschluss für die Ausstellungstafeln war September 2017, für dieses Begleitheft März 2018. Die 3. Auflage erscheint im April 2019 inhaltlich unverändert. Diese Ausstellungsbroschüre steht im Internet unter der Adresse redside.tk als PDF-Datei zum kostenlosen Download bereit.

Für Ausleihen, Veranstaltungsanfragen, Anmerkungen, Druckfehlerhinweise, etc. sind wir immer dankbar.

E-Mail: aabnbg@web.de

Mit antifaschistischen Grüßen

Antifaschistisches Aktionsbündnis Nürnberg

Die Wurzeln des NSU – politische Interessen und die Rolle der Medien

Am Anfang der 90er Jahre wurde eine Asyldebatte entfacht. Diese Kampagne steuerten nicht neonazistische Organisationen, sondern wurde von den etablierten Parteien und fast allen bürgerlichen Medien ins Leben gerufen:

„Wir können nicht der Lastesel für die Armen der Welt sein (...). Glauben Sie denn, daß die ruhig hinnehmen werden, wenn Millionen Ausländer ungeordnet in unser Land fluten?“

Georg Kronawitter, SPD, im Spiegel, 7.9.1992

„Fast jede Minute ein neuer Asylant – Die Flut steigt, wann sinkt das Boot?“

BILD-Zeitung, 2.4.1992

„Die Grenze der Belastbarkeit ... überschritten...“

Helmut Kohl, CDU, damaliger Bundeskanzler auf dem CDU-Sonderparteitag in Düsseldorf 1992

„Ansturm der Armen“
Spiegel-Aufmacher 37/1991

Derart medial angeheizt zog eine Pogrom-Welle durch das wiedervereinigte Deutschland

Gesellschaftlicher Rassismus



Zum Inbegriff einer mörderischen Allianz von Medien, Politik und großen Teilen der Gesellschaft mit FaschistInnen, RassistInnen und reaktionären KleinbürgerInnen wurde 1992 Rostock-Lichtenhagen. Als dort ein Flüchtlingsheim tagelang belagert wurde und schließlich lichterloh brannte, machten bereitstehende Hundertschaften der Polizei „Pause“ bzw. „Schichtwechsel“.

Der Auffassung zu sein, dass hier Menschen leben, „die zu viel sind“, die „hier nichts zu suchen haben“, ist keine neonazistische Erfindung, sondern der breite, parteiübergreifende Konsens mit dem der Deutsche Bundestag mit einer 2/3-Mehrheit am 26.5.1993 die De-facto-Abschaffung des Asylrechts beschloss.

In diesem gesellschaftlichen Klima gründeten sich militante Nazikameradschaften, wie der „Thüringer Heimatschutz“ (THS), aus dem später das Terrornetzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hervorging.

In der Zwischenzeit ging es, z.B. beim Rassismus eines Thilo Sarrazin, nicht mehr so sehr um die Kommenden, sondern um die lange Angekommenen („Deutsche mit Migrationshintergrund“). Mittlerweile geht es wieder um Geflüchtete: Die „Mauer um Europa“, „Sicherung der EU-Außengrenzen“, „Abschottung“ und „Obergrenzen“ stehen heute als Stichworte für den Rassismus sogenannter „besorgter Bürger“ im Diskurs von Medien und Politik hoch im Kurs. Mit der gleichen Manier wie in den 90er Jahren der Mob gegen Flüchtlingsheime mobilisiert werden konnte, wird er heute in Form von Pegida-Aufmärschen und AfD-Hetze von der Leine gelassen.



Staatlicher Rechtsruck

Auch die Resultate sind in vielfacher Hinsicht dieselben:

- ... während Flüchtlingsunterkünfte angegriffen werden, finden sich etablierte PolitikerInnen und Medien jeder Couleur, die vom Verständnis für die „berechtigten Sorgen“ der BürgerInnen faseln,
- ... im Windschatten werden immer weitere Asylrechtsverschärfungen beschlossen,
- ... ein komplett rassistisches „Integrations“gesetz eingeführt,
- ... Bundeswehreinätze, die Fluchtgründe oft erst verursachen, werden im Rekordtempo durch das Parlament gepeitscht.

Unkritische Medien

Die Medien kritisierten zu keiner Zeit das rassistische Ermittlungsschema der Polizeibehörden. Fernab journalistischer Sorgfaltspflicht wurde über „Dönermorde“ und „Ausländerkriminalität“ schwadroniert und wurden Presseerklärungen jener unsäglichen Polizeieinheit „BAO Bosporus“ eifrig abgetippt. 13 Jahre lang hat die mediale Öffentlichkeit die Opfer nicht in Schutz genommen, 13 Jahre lang dauerten die Unterstellungen an, sie und/oder ihre Angehörigen hätten etwas mit den Morden zu tun, hätten irgendwie selbst (Mit-)Schuld.

Während sich die Presse zum Auftakt des NSU-Prozesses unisono über das Hosenkleid (!) von *Beate Zschäpe* echauffierte („der Teufel in schwarz...“, BILD; „sieht so das Böse aus?“, FR), ist die haarsträubende Festlegung der Staatsanwaltschaft, das Netzwerk NSU bestehe lediglich aus drei Menschen, auf der Pressekonferenz des OLG München zum Verhandlungsauftritt keine Aufregung wert.

Eine Veränderung der Berichterstattung von staatstragend zu aufklärend findet auch nach der Selbstaufdeckung des NSU nicht statt.

Desinteressierte Ermittler

„Wir haben bisher noch keinen Hinweis auf lokale Unterstützer, auch noch keine Hinweise auf die Verstrickung staatlicher Behörden gefunden.“

(Bundesanwalt *Herbert Diemer*, aus der Presseerklärung des OLG München nach dem Verhandlungsauftritt im NSU-Prozess)

Auch die systematischen Vertuschungen, die Falschaussagen, die Vernichtung von Beweismitteln, die in diversen Behörden vorgenommen wurden, werden nicht Gegenstand dieses Prozesses sein:

„Gegenstand sind die angeklagten Personen und Taten: Ziel kann es nicht sein, mögliche Versäumnisse bei Ermittlungen aufzuklären.“ (aus obiger Presseerklärung)

Das heißt im Klartext: Grundlage dieses Prozesses ist eine manipulierte Beweislage. Aber das stört Medien wie beispielsweise das Magazin „Spiegel“ überhaupt nicht und es zieht fröhlich Zwischenbilanz:

„Rasant Richtung Wahrheit“ (Spiegel 7.8.2013)

Die beteiligten Innenminister, die Verfassungsschutz- und Polizeibehörden haben es 13 Jahre lang geschafft, eine beispiellose Serie an Banküberfällen, Bombenattentaten und Morden 1., den Opfern der Gewalt in die Schuhe zu schieben und 2., die Nazi-UnterstützerInnen zu finanzieren und sogar am Tatort anwesende verbeamtete Verfassungsschützer vor Ermittlungen zu schützen.

Profitierende Täter

Die staatlichen Organe, die aus rechtsstaatlicher Sicht mindestens wegen Beihilfe auf der Anklagebank Platz nehmen müssten, sind die Profiteure: mehr Geld, mehr Überwachung, mehr Personal, Aufhebung des Trennungsgebots von Geheimdienst und Polizei etc. Und die meisten an den Morden beteiligten Nazis laufen weiterhin frei herum.

„Unsere Aufgabe muss es daher sein, weiterhin die Abschaffung der Geheimdienste einzufordern und nur auf unsere eigene antifaschistische Kraft zu vertrauen.“

Verbindungen des NSU nach Mittelfranken/Nürnberg

Die Fränkische Aktionsfront (FAF)

Die *Fränkische Aktionsfront (FAF)* war in den Jahren 2000–2004 die wichtigste Kameradschaftsstruktur im mittelfränkischen Raum. Hauptakteure waren die bis heute aktiven Nazi-Kader **Matthias Fischer**, **Norman Kempken** und **Lutz Passon**.

Ein Hauptbetätigungsfeld der *FAF* war die Anti-Antifa-Arbeit. Dabei arbeitete sie mit der *NPD*, den *Jungen Nationaldemokraten (JN)* und mit Aktivisten des in Deutschland verbotenen *Blood&Honour*-Netzwerkes zusammen. Bis zu ihrem Verbot am 22.01.2004 gab es in mehreren Städten und Landkreisen größere und aktive Kameradschaften, die in der *FAF* eingebunden waren. Nach dem Verbot der *FAF* organisierten sich die betroffenen Neonazis im bayerischen Bezirksverband der *NPD* bzw. *JN*. Nach internen Machtkämpfen gründeten Teile von ihnen das *Freie Netz Süd (FNS)*.



FAF-Demonstration

Lutz Passon

Das Freie Netz Süd (FNS)

Innerhalb Süddeutschlands entwickelte sich das *Freie Netz Süd (FNS)* ab 2008 schnell zur wichtigsten Struktur der extremen Rechten mit bis zu 30 Mitgliedsgruppen. Hauptakteure waren (wieder) **Matthias Fischer**, **Norman Kempken** und

Tony Gentsch. Ein Themenschwerpunkt blieb die Anti-Antifa-Arbeit. Auf Internetseiten hetzten die Neonazis gegen LehrerInnen, GewerkschafterInnen und antifaschistische Personen bzw. Einrichtungen. Es blieb allerdings nicht bei den Internet-Veröffentlichungen: In der Region Nürnberg/Fürth entstand seit 2007 ein Sachschaden von über 40.000 Euro durch Anschläge auf Wohnungen, Häuser, Autos, Infoläden und Gewerkschaftsbüros. Nicht selten gab es auch körperliche Angriffe. Im Juli 2014 verbot das bayerische Innenministerium das *FNS*.



Matthias Fischer und Norman Kempken

Tony Gentsch

Der III. Weg

Die Partei „*Der III. Weg*“ ist personell und inhaltlich die aktuelle Ersatzstruktur der verbotenen *FAF* und der ebenfalls verbotenen Nachfolgeorganisation *FNS*. Die Führungskader agieren heute als Repräsentanten von „*Der III. Weg*“ und werben szenintern massiv für die neue Organisation.

Die Bürgerinitiative Ausländerstop (BIA)

Die „*Bürgerinitiative Ausländerstop (BIA)*“ ist eine *NPD*-Tarnorganisation. Die Hauptakteure sind, bzw. waren, **Ralf Ollert**, **Friedrich Luft** und **Sebastian Schmaus**. Die *BIA* wurde Anfang 2000 in Nürnberg gegründet, damit *NPD*-Funktionäre unter einem anderen Label an Stadtratswahlen teilnehmen können. Seit 2002 sitzt jener *NPD*-Mann **Ralf Ollert** im Nürnberger Stadtrat, der in den 90er Jahren die Gaststätte „*Tiroler Höhe*“ als Treffpunkt zur Vernetzung der *NPD* mit militanten Neonazis nutzte. Bei diesen Treffen war der spätere NSU-Terrorist **Uwe Mundlos** anwesend. Die „*Tiroler Höhe*“ befand sich in der Nähe zweier späterer NSU-Tatorte.

Kai Dalek

Kai Dalek war in den 90er Jahren führender Nazi-Kader in Franken. Er hatte direkte Kontakte zum NSU-Netzwerk und war V-Mann des Bayerischen Verfassungsschutzes.

(Informationen zu Kai Dalek, siehe Tafel 4/Seite 9: V-Leute im Dienste des Staates für den NSU).

Matthias Fischer

Der Fürther *Matthias Fischer* (Foto rechts) gehört zu den wichtigsten Köpfen in der bayrischen Neonazi-Szene. Er war führender Aktivist in der *FAF*, dem *FNS* und tritt heute für die Partei „*Der III. Weg*“ an.

Fischer verfügte über gute Kontakte zum NSU-Terroristen *Uwe Mundlos* und zu *Ralf Wohlleben*, der im NSU-Prozess als Unterstützer angeklagt ist. Auch zu *Mandy Struck*, die Unterschlupf und Pässe für einige NSU-TerroristInnen besorgte, hatte *Fischer* einen guten Draht. Auf einer Telefonliste von Mundlos, der sogenannten Garagenliste, fanden sich auch *Matthias Fischer* und *Ilona Kühnel*, die mit *Fischers* Ehefrau *Tanja Fischer*, geborene *Kühnel*, verwandt ist. *Matthias Fischer* und Familie sind mittlerweile nach Brandenburg umgezogen. Unter der Woche ist er allerdings ab und an hier anzutreffen.



Ralf Ollert

Das Foto unten aus dem Jahr 1997 zeigt den Nürnberger *NPD*-Funktionär *Ralf Ollert*, wie er bei einer Nazi-Demo in Neuhaus direkt neben *Zschäpe*, *Bönnhardt* und *Tino Brandt* marschiert. Er organisierte in den 90er Jahren Neonazi-Treffen in der Gaststätte „*Tiroler Höhe*“, an der auch der spätere NSU-Terrorist *Uwe Mundlos* teilnahm. Die Telefonnummer der Gaststätte befindet sich ebenfalls auf der konspirativen Adress- und Telefonliste, der so genannten Garagenliste, von *Mundlos*.



Mandy Struck, Gerd Ittner

Mandy Struck hatte in Thüringen enge Kontakte zu *Beate Zschäpe*, *Uwe Mundlos*, *Uwe Bönnhardt* und dem im NSU-Prozess angeklagten *André Eminger*. *Struck* überließ *Zschäpe* beim Untertauchen mehrere Ausweise und Dokumente. *Beate Zschäpe* nutzte während der Zeit im Untergrund unter anderen den Namen *Mandy Struck* als Alias. Nach ihrem Umzug nach Nürnberg Ende August 2000 verteilte *Struck* zusammen mit dem verurteilten Holocaust-Leugner *Gerd Ittner* (Foto rechts) das Flugblatt „*Flächenbrand*“, in dem es heißt: „1. September 2000 – von jetzt an wird zurückgeschossen.“ Wenige Tage später begann in Nürnberg mit der Hinrichtung von *Enver Simsek* die Mordserie des NSU.



Der „Verfassungsschutz“ und seine Nazis

Diese Behörde – „this agency“ – dürfe keine polizeilichen Befugnisse haben, schrieben die westalliierten Militärgouverneure in einem Brief vom April 1949 an den Parlamentarischen Rat in Bonn. Dieser arbeitete das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (BRD) aus. Mit „this agency“ war der Inlands-Geheimdienst gemeint, der die BRD vor kommunistischen Gefahren schützen sollte. Der so genannte „Verfassungsschutz“ (VS) sollte nach Vorgabe der alliierten Militärs als Geheimdienst strikt von polizeilichen Befugnissen getrennt werden. Der Grund dafür waren die Erfahrungen mit dem Terror der Nazizeit, in der die Geheime Staatspolizei (Gestapo) Polizei und Geheimdienst in einem war. Heute verkommt der Trennungsgrundsatz angesichts gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten, einem gemeinsamen Terrorismus-Abwehrzentrum, einem gemeinsamen Extremismus-Zentrum und dergleichen zu einer Farce.

Im Kampf gegen den kommunistischen Feind griff der „Verfassungsschutz“ von Beginn an gerne auf die Dienste von Nazis zurück. Nicht nur die hauptamtlichen Mitarbeiter rekrutierten sich zu einem erheblichen Teil aus alten Nazis, die Behörde tat sich immer wieder dadurch hervor, Nazi-Strukturen aufzubauen.

Um ein Beispiel aus den 60er Jahren zu nennen: Der V-Mann des Verfassungsschutzes NRW und Mitbegründer der NPD, *Wolfgang Frenz*, gab in der TV-Dokumentation „V-Mann-Land“ zu Protokoll, dass die Gründung der NPD 1967 ohne die Unterstützung durch den „Verfassungsschutz“ nicht möglich gewesen wäre.

Die Rolle des VS bei der Gründung und Unterstützung des NSU sollte durch geschredderte Aktenberge von Staats wegen vertuscht werden. Durch diverse parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Recherchen von antifaschistischen JournalistInnen und AnwältInnen der Nebenklage wurden dennoch massenweise Fakten bekannt, die den „Verfassungsschutz“ mindestens als Mittäter kenntlich machen.

Auch die Nazi-Organisationen Thüringer Heimatschutz (THS) und Blood & Honour (B&H), die in direktem Zusammenhang zum NSU stehen, wären ohne die tätige Mithilfe des VS nicht denkbar. Der Ku-Klux-Klan steht zwar in keinem bekannten direkten Zusammenhang zu dem untergetauchten NSU-Kerntrio, jedoch können über diverse V-Leute und den Mord an der Polizistin *Michèle Kiesewetter* etliche indirekte Verbindungen zum NSU nachgezeichnet werden.

Thüringer Heimatschutz (THS)

Zschäpe, *Bönnhardt* und *Mundlos* radikalisierten sich in den 1990er Jahren in der Neo-nazi-Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ (THS). Der THS wurde maßgeblich von *Tino Brandt* aufgebaut. Er war Anführer des THS und von 1994 bis zu seiner Enttarnung 2001 V-Mann des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz.

Seinen Spitzlohn in Höhe von 100.000 Euro verwendete Brandt nach eigenen Angaben größtenteils für den Auf- und Ausbau von Neonazi-Strukturen.

Mehr als ein Drittel der aktiven Kader des „Thüringer Heimatschutzes“ waren als V-Personen für den Verfassungsschutz tätig. *Ralf Wohlleben*, dem Mitbegründer des THS und Angeklagten im NSU-Verfahren wird vorgeworfen, das Trio bei seinem Abtauchen in den Untergrund unterstützt zu haben. Seine damalige Lebensgefährtin war V-Frau und hatte sogar zeitweilig Zugang zur Wohnung von *Bönnhardt*. Der Verfassungsschutz aber will keine Informationen von ihr erhalten haben.



Blood & Honour (B&H) Combat 18

Der NSU steht in vielen Punkten mit dem Blood & Honour-Netzwerk in Verbindung. Blood & Honour war eine europäische Nazi-Organisation mit Wurzeln in Großbritannien. Die Gruppierung war bis zu ihrem Verbot in Deutschland im Jahr 2000 von diversen V-Leuten durchsetzt. Der Deutschland-Chef von B&H, *Stephan Lange*, war unter dem Decknamen „Pinocchio“ V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Der Stellvertreter von B&H Sachsen in den 90er Jahren, *Thomas Starke*, war ab dem Jahr 2000 ebenfalls V-Mann des Verfassungsschutzes. Er half nach eigenen Angaben dem Trio bei der Suche nach einem ersten Versteck nach dem Untertauchen.

Im Februar 2002 übermittelte der V-Mann Thomas Starke an das LKA Berlin Informationen über 3 Personen aus Thüringen, die per Haftbefehl gesucht wurden – ohne Konsequenz.

Auch in seinem praktischen Vorgehen schlägt der NSU mit den Morden eine Brücke zu Blood & Honour. Die Kampfstrategie des militanten Teils von Blood & Honour, „Combat 18“ gilt als Blaupause für das Vorgehen des NSU.

„Combat 18“ (C18) ist eine terroristische Organisation, die in vielen Ländern Europas aktiv ist und als bewaffneter Arm des Neonazinetzwerks Blood & Honour gebildet wurde.

„Combat 18“ bedeutet „Kampftruppe Adolf Hitler“, da sich die Zahlen 1 und 8 unter Neonazis auf dessen Initialen A und H (1. und 8. Buchstabe des Alphabets) beziehen.

Das Netzwerk bekämpft politische GegnerInnen auch unter Einsatz von Gewalt nach dem Prinzip Leaderless Resistance („Führerloser Widerstand“). Nach diesem Konzept sollen eigenständig agierende, unabhängige und im Alltag unauffällige Kleingruppen bzw. Zellen gegründet werden, die mehr durch eine ideologische Botschaft und weniger durch eine organisatorische Struktur miteinander verbunden sein sollen. Entsprechend der Selbstbezeichnung „führerlos“ bedarf es keiner zentralen Führungsfigur, im Fokus stehen die beweglichen Kleingruppen mit einem hohen Maß an Planungsaunomie und Flexibilität.

Genau dieses von Combat 18 propagierte Prinzip des „führerlosen Widerstands“ gilt als strukturelles Vorbild für den NSU.



Ku-Klux-Klan (KKK)

Der rassistische Ku-Klux-Klan hat seine Wurzeln in den USA. Berüchtigt sind seine Lynchmorde an Afroamerikanern. Zu seinen Ritualen gehört es, sich mit weißen Kutten und weißen Kapuzenmützen zu verkleiden und in einer feierlichen Zeremonie Kreuze zu verbrennen. Der ehemalige US-Klan-Boss *Dennis Mahon* hielt sich in den 90er Jahren häufig in Deutschland auf, um die hiesige Skinhead-Szene für den „Rassenkrieg“ der „Weißen Rasse“ zu gewinnen.

Unter anderem beteiligten sich die V-Leute *Thomas Richter* und *Carsten Szczepanski*, die beide mindestens zum Umfeld des NSU gehörten, am Aufbau von Klan-Strukturen in Deutschland.

Der dienstvorgesetzte Gruppenführer der ermordeten Polizistin Michèle Kieseewetter, Timo H., war, wie mehrere andere Polizisten, ebenfalls Mitglied des Ku-Klux-Klan.

Der damalige Klan-Chef *Achim Schmid* (Foto rechts) wurde im Jahr 2012 als V-Mann des Baden-Württemberger Landesamtes für Verfassungsschutz enttarnt. Kurz zuvor bestritten die Behörden noch, V-Leute in der Baden-Württemberger Naziszene gehabt zu haben.

Die Tätigkeit der Geheimdienste im Zusammenhang mit Nazi-Organisationen ist allgemein dadurch gekennzeichnet, dass sie zunächst immer alle Verbindungen abstreiten und wenn sie nachgewiesen werden, nur das zugeben, was sowieso schon bekannt ist.

Zu einer Aufklärung von Straftaten der Nazis tragen die Verfassungsschutzbehörden nicht bei. Im Gegenteil, selbst in Fällen, in denen es um Mord geht, wird die Aufklärung behindert.



V-Mann Achim Schmidt

Im Verhältnis von Polizei und Geheimdienst scheint es nach dem Stand der bekannten Fakten eine klare Hierarchie zu geben.

Der Geheimdienst kann offensichtlich sogar dafür sorgen, dass die Ermittlungen der Polizei ins Leere laufen oder diese gar auf Anweisung eingestellt werden (siehe V-Mann-Führer *Andreas Temme*, Tafel 5).

V-Leute im Dienste des Staates für den NSU – wie viel Staat steckt im NSU? (1)

Noch im Oktober 2011 behauptete der ehemalige bayerische Verfassungsschutzpräsident Gerhard Forster, keinen V-Mann an der „konspirativ arbeitenden, kleinen Zelle dran gehabt“ zu haben. Weiterhin gab er an, dass man keine V-Leute engagieren würde, die führende Positionen innerhalb der rechtsextremen Szene innehaben – eine glatte Lüge. Mittlerweile sind über 40 V-Leute im Umfeld des NSU enttarnt worden.

V-Mann Kai Dalek (Deckname „Tassilo“)

Kai Markus Dalek kommt ursprünglich aus Berlin, wo er in linken Gruppen mitarbeitete und diese für den Berliner Verfassungsschutz ausspionierte. In den 80er Jahren zog er nach Bayern und wandte sich rechten Gruppen zu. 1987 beginnt er seiner Spitzeltätigkeit für das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz. Ab 2004/2005 wurde Dalek als geheimer Informant im Bereich der Organisierten Kriminalität eingesetzt.

In den 1990er Jahren hatte der V-Mann Kai Dalek entscheidenden Anteil am Aufbau militanter Nazi-Strukturen in Franken.

Ende 1992 half er unter anderem dem Nürnberger Nazikader Norman Kempken das Anti-Antifa-Hetzblatt „Der Einblick“ zu veröffentlichen. Darin wurden mehr als 250 Namen und Adressen von politischen GegnerInnen genannt, verbunden mit dem Aufruf, diesen „unruhige Nächte“ zu bereiten und sie „endgültig auszuschalten“. Das darauf folgende Strafverfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung wurde im Falle Daleks eingestellt.

Er war Mitinitiator der in den 90er Jahren größten Nazi-Aufmärsche in Deutschland, der „Rudolf-Hess-Gedänkmärsche“ in Wunsiedel.

Er pflegte enge Kontakte zum Thüringer Heimatschutz, jahrelang nahm er an deren „Mittwochstreffen“ teil, 1992 beteiligte er sich an „Wehrsportübungen“ des THS in Jena.

Er baute gemeinsam mit dem Erlanger Informatik-Studenten Thomas Hetzer das so genannte Thule-Netz auf. Über dieses klandestine Internet-Netzwerk tauschte er sich, laut einem Bericht der „Thüringer Allgemeinen“, mit Uwe Mundlos über Bombenbauanleitungen aus.

Wie eng Kai Dalek im NSU-Netzwerk integriert war, zeigt sich auch in dem Umstand, dass sich sein Name auf der so genannten Garagenliste findet, die man 1998 in der Jenaer Bombenwerkstatt des NSU gefunden hat.



V-Mann Tino Brandt (Decknamen „Otto“ und „Oskar“)



Bereits mit 19 Jahren wurde Tino Brandt vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz als V-Mann geführt. Über sieben Jahre lang spitzelte der Neonazi für den Geheimdienst, bis seine Tätigkeit im Jahre 2001 durch Medienberichte aufflog.

Brandt gründete die „Anti-Antifa Ostthüringen“ die später zur Keimzelle der Nazi-Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“ (THS) wurde. Ab 1997 war er Anführer des THS und baute mit seinen Spitzel-Geldern die Organisation auf, die ca. 100 feste Mitglieder hatte und in Spitzenzeiten bis zu 250 Nazis miteinander vernetzte.

Der THS als militantes Kameradschaftsnetzwerk bildete auch die Geburtsstätte des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU). Spätestens

seit 1995 waren die späteren NSU-Terroristen in THS-Zusammenhängen aktiv, besuchten Kameradschaftsabende und nahmen an von Brandt mitorganisierten Demonstrationen teil.

Der V-Mann Tino Brandt war damit einer der wichtigsten Nazi-Kader im direkten Umfeld des NSU.

Nachdem *Uwe Böhnhardt*, *Uwe Mundlos* und *Beate Zschäpe* 1998 untergetaucht waren, organisierte *Brandt* mit Wissen des Verfassungsschutzes Spendensammlungen bei Konzerten und reichte die Einnahmen an die anderen Hauptakteure des THS und Kader der „Kameradschaft Jena“ *André Kapke* und *Ralf Wohlleben* weiter. Im Jahr 2000 beauftragte er *Kapke* nach Anweisung des Geheimdienstes, falsche Pässe für die NSU-Terroristen zu besorgen. Die 1000 € hierfür kamen direkt vom Verfassungsschutz.

Nachdem im Laufe der Jahre 35 eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen *Brandt* eingestellt wurden, ist er nun im Dezember 2014 wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Landgericht Gera sprach ihn schuldig, in 66 Fällen Minderjährige missbraucht oder gegen Geld an andere Freier vermittelt zu haben.

V-Mann Thomas Starke

Thomas Starke war in den 90er Jahren stellvertretender Chef von Blood & Honour Sachsen. Bis zum Untertauchen der RechtsterroristInnen war er näher dran am NSU als irgendein anderer. Bei einem Konzert der Rechtsrock-Band »Oithanasie« hatte er nach eigenen Angaben das Trio kennengelernt. Während er eine Haftstrafe wegen Körperverletzung absaß führte er einen Briefwechsel mit *Uwe Mundlos*. Daraus geht hervor, dass *Mundlos* den über 10 Jahre älteren *Starke* als Respektsperson und Mentor ansah. Nach seiner Entlassung war *Starke* von Ende 1996 bis April 1997 mit *Beate Zschäpe* liiert. In dieser Zeit organisierte er für das Trio rund ein Kilo TNT-Sprengstoff.

Nachdem ihre Bombenwerkstatt in Jena aufgefliegen war, tauchten *Mundlos*, *Zschäpe* und *Böhnhardt* 1998 in den Untergrund ab. *Starke* half nach eigenen Angaben seinen KameradInnen bei der Suche nach einem ersten Versteck in Chemnitz.

Starke war bereits in der DDR in der rechten Hooligan-Szene aktiv. Ab 1986 wurde er als Spitzel der DDR-Kriminalpolizei geführt. Spätestens ab dem Jahr 2000 bis zu seiner Enttarnung 2011 war er als V-Mann für das Berliner Landeskriminalamt (LKA) tätig.



Zu dem untergetauchten Trio berichtete der V-Mann Thomas Starke dem LKA in mindestens fünf Fällen – ohne Konsequenz.

V-Mann Carsten Szczepanski (Deckname „Piatto“)

Carsten Szczepanski war ein berüchtigter Nazi-Schläger mit Kontakten zu Blood & Honour und zum rassistischen Ku-Klux-Klan. 1992 war er in Brandenburg an einem Mordversuch an einem nigerianischen Lehrer beteiligt und wurde während seiner Untersuchungshaft vom Brandenburger Landesamt für Verfassungsschutz angeworben.

Der Geheimdienst sorgte dafür, dass er trotz einer Haftstrafe von 8 Jahren bereits nach 2 Jahren Freigänger wurde.

Mitarbeiter des Verfassungsschutzes kutschierten ihn im Auto von der Haftanstalt zu Nazi-Treffen und brachten ihn anschließend zurück ins Gefängnis. Nach Absitzen von 2/3 der Strafe wurde er entlassen, weil er sich laut einem „Gutachten“ glaubwürdig von der Nazi-Szene distanziert hat.



Nach seiner Entlassung trat er als Rädelsführer in Brandenburg auf und unterhielt beispielsweise Kontakt zum sächsischen Blood & Honour-Chef *Jan Werner*. Dieser versuchte für das untergetauchte Trio Waffen zu beschaffen. Er sendete im August 1998 eine SMS an *Szczepanski* mit dem Text: „Hallo, was ist mit den Bumms“.

Thüringer Ermittler, die die SMS abgefangen hatten, überprüften das Handy, stellten fest, dass es zum entsprechenden Zeitpunkt in Chemnitz eingeloggt und auf das Innenministerium Brandenburg registriert war. Damit endeten die Ermittlungen.

Szczepanski teilte den Versuch der Waffenbeschaffung für das NSU-Kerntrio durch Jan Werner dem Brandenburger Verfassungsschutz mit – ohne Konsequenz.

Einer der damaligen V-Mann-Führer „Piatto“ war übrigens der heutige Chef des sächsischen Verfassungsschutzes *Gordion Meyer-Plath*.

V-Leute im Dienste des Staates für den NSU – wie viel Staat steckt im NSU? (2)

V-Mann Thomas Richter (Deckname „Corelli“)

Thomas Richter bot sich selbst noch vor seinem 18. Geburtstag der Polizei als Informant an. Seit seinem 20. Lebensjahr, im Jahr 1994 bis zu seiner Enttarnung im Jahr 2012, wurde er vom Bundesamt für Verfassungsschutz als V-Mann geführt. Er war hervorragend in der Nazi-Szene vernetzt, betrieb verschiedene Internetseiten und arbeitete an diversen Nazi-Publikationen mit. Eine davon war das Fanzine „Der Weiße Wolf“. In der Ausgabe 18 im Jahr 2002 – also neun Jahre vor der Selbstaufdeckung des NSU – erschien die erste bekannte Erwähnung des Kürzels „NSU“ in der Öffentlichkeit mit den im Vorwort ohne weitere Erläuterung fett gedruckten Sätzen:

„Vielen Dank an den NSU. Es hat Früchte getragen.“

Auch findet sich der V-Mann gleich mit zwei Telefonnummern auf der Garagenliste von Uwe Mundlos. Schließlich kamen die späteren NSU-Mitglieder nach ihrem Abtauchen 1998 für mehrere Wochen bei ihm unter.

Außerdem gehörte Richter einer Ku-Klux-Klan Gruppierung in Baden-Württemberg an, dessen damaliger Chef der V-Mann Achim Schmid war und zu der auch der Gruppenführer der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter gehörte.

Im Jahr 2006 hatte Thomas Richter eine DVD mit der Beschriftung „NSU/NSDAP“ dem Hamburger Verfassungsschutz übergeben – ohne Konsequenz.

Diese DVD soll damals nicht ausgewertet worden sein. Darauf befinden sich unzählige Bilder von Internetseiten, die Richter verantwortete. ErmittlerInnen stellten fest, dass es Übereinstimmungen im dreistelligen Bereich zwischen der DVD und Asservaten aus dem NSU-Versteck in Zwickau gibt.

Kurz bevor Richter als Zeuge im NSU-Prozess aussagen sollte, verstarb er im April 2014 im Alter von 39 Jahren vermeintlich an einer nicht erkannten Diabeteserkrankung. Im Juni 2016 relativierte Prof. Werner A. Scherbaum, Gutachter des Obduktionsberichtes, sein Gutachten dahingehend, dass der Tod möglicherweise auch durch Rattengift herbeigeführt worden sein könnte.



V-Mann Ralf Marschner (Deckname „Primus“)

Ralf Marschner, Spitzname „Manole“, war von 1992 bis 2002 V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er war eine der zentralen Figuren in der rechten Szene Zwickaus und im Unterstützer-Netzwerk, das vielfältige Hilfe für das abgetauchte Trio geleistet hat.

In den 90er Jahren besaß er mehrere Nazi-Szeneläden sowie ein Bauunternehmen. Er spielte in einer Nazi-Rockband und war Zwickauer Verbindungsmann zum verbotenen Blood & Honour Netzwerk.

In seinem Bauunternehmen beschäftigte er Uwe Mundlos von 2000 bis 2002 als „rechte Hand“ unter dem falschen Namen Max Florian Burkhardt. Auch Beate Zschäpe wurde laut Zeugenaussagen mehrfach in seinem Szeneladen „Heaven & Hell“ gesehen.

Marschners Baufirma mietete häufig Fahrzeuge bei derselben Zwickauer Autovermietung, bei der das Trio unter Vorlage falscher Pässe Tatfahrzeuge für Bankraube und Morde angemietet hatte. In dem Zeitraum, in dem Mundlos bei Marschners Baufirma arbeitete, wurden auf den Namen von dessen Firma zweimal Autos an Mordtagen angemietet.

Marschner bestreitet, das Trio gekannt zu haben und wird dabei tatkräftig vom Verfassungsschutz unterstützt. Auf eine Anfrage des Bundeskriminalamtes (BKA) an den Verfassungsschutz zu den Fahrzeuganmietungen kamen als Antwort nichtssagende Informationen, die längst bekannt waren und nichts mit der Anfrage zu tun hatten.



Laut Bundesinnenministerium wurden Berichte *Marschners* und seine Personalakte bereits 2010 vernichtet. Forderungen nach Rekonstruktion der Akten wurden mit der Begründung „Gefährdung des Staatswohls“ abgelehnt.

Auch im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München wurde der Antrag der Nebenklägeranwälte, *Ralf Marschner* als Zeugen zu laden, vom Gericht gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

V-Mann-Führer Andreas Temme

Ein weiteres Puzzle-Teil in der Geschichte der Zusammenhänge zwischen NSU und Verfassungsschutz stellt der beamtete hessische Verfassungsschutzmitarbeiter und V-Mann-Führer *Andreas Temme* dar, der in seiner Jugend den Spitznamen „Klein Adolf“ hatte.



Als am 6. April 2006 *Halit Yozgat* in seinem Internetcafé in Kassel mit zwei Kopfschüssen hingerichtet wurde, saß *Temme* nur wenige Meter entfernt. Deshalb geriet er bei den Ermittlern als Täter in Verdacht.

Zunächst behauptete *Temme*, nicht im Café anwesend gewesen zu sein, als es ihm nachgewiesen wurde gab er es zu, wollte aber nichts gesehen und gehört haben.

Während mehrere Zeugen klar von dumpfen Geräuschen berichten, kann sich der in Sachen Observation geschulte V-Mann-Führer und Sportschütze an nichts dergleichen erinnern. Nachdem er mit Surfen an einem Rechner fertig war, suchte

er angeblich den Besitzer des Internetcafés, um zu bezahlen, will aber weder den sterbenden 21-jährigen hinter dem Schreibtisch noch dessen Blut auf dem hellen Tresen bemerkt haben.

Einer der damals zuständigen Ermittler des Polizeipräsidiums Nordhessens berichtet vor dem Untersuchungsausschuss, aufgrund seiner Größe hätte Temme den leblosen Yozgat wahrnehmen müssen, als er Münzgeld auf dessen Schreibtisch legte.

Weitere Ermittlungen verhinderte dann das hessische Innenministerium. *Temme* hatte am Tattag mehrmals Telefonkontakt mit seinem V-Mann in der Nazi-Szene *Benjamin Gärtner*. Dieser durfte, um das „Staatswohl“ nicht zu gefährden, damals nicht vernommen werden. Als er 2013 beim Münchner NSU-Prozess als Zeuge aussagen musste, stellte ihm der Verfassungsschutz einen Rechtsbeistand zur Seite.

Was jedoch trotz Schredderwahn in diversen Behörden nicht verschwunden ist, ist der Originalmitschnitt eines von der Polizei abgehörten Telefonats, in dem der damalige Geheimschutzbeauftragte des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz gegenüber *Temme* äußert:

»Ich sage ja jedem: Wenn er weiß, dass irgendwo so etwas passiert, dann bitte nicht vorbeifahren.«

Diese Äußerung will er im Nachhinein nicht ernst gemeint haben, sondern sie soll lediglich der „vollkommen verunglückte“ Versuch gewesen sein, ein unangenehmes Gespräch aufzulockern.

Der Vater des ermordeten *Halit Yozgat* bringt es bei der Befragung *Temmes* im NSU-Prozess auf den Punkt:

„Wir wissen alle, dass dieser Mann lügt! Warum wollen wir die Wahrheit nicht sehen?“

Ein interner Bericht des hessischen Verfassungsschutzes zum Mord an *Halit Yozgat* aus dem Jahr 2014 würde sicherlich einiges Licht ins Dunkel bringen. Allerdings ist er für rekordverdächtige 120 Jahre für die Öffentlichkeit gesperrt. Nicht einmal die Ururenkel des Opfers sollen die Wahrheit über das Wissen und die mögliche Beteiligung des Verfassungsschutzes erfahren.

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH #62/001/0008
HESSSEN

~~GEHEIM~~
amtlich geheim gehalten

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
— E —

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen • Postfach 39 03 • 65029 Wiesbaden

1. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport Aktenzeichen [redacted] /2014 Geheim

Herrn Min.Dirig. Dr. [redacted] - o. V. I. A. - Bearbeiter/in [redacted]
Durchwahl (06 11) [redacted]
Telefax (06 11) [redacted]
E-Mail [redacted]

Friedrich-Ebert-Allee 12 Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

65185 Wiesbaden Datum 20. Nov. 2014

1 Ausfertigung
17 Seiten plus Anlagen

Die VS-Einstufung endet mit
Ablauf des Jahres: 2134

Der Mord an Michèle Kiesewetter – mysteriöse Todesfälle in seinem Umfeld

Der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter ist in mehrfacher Hinsicht etwas Besonderes. Er fällt aus der Reihe der rassistischen Mordserie an Migranten und ist der letzte, der dem NSU zugeschrieben wird. Danach bricht die Mordserie ab. Die offizielle Version der Bundesanwaltschaft kann getrost als unhaltbare Verschwörungstheorie ad acta gelegt werden. Sie besagt, Kiesewetter sei Zufallsopfer geworden, weil Mundlos und Böhnhardt sich zusätzlich zu den ca. 20 Waffen, die sie schon besaßen, eine weitere beschaffen wollten. Sie seien alleinige Täter.

Mit den Phantombildern, die nach den Angaben mehrerer Zeugen erstellt wurden und von denen keines *Mundlos* oder *Böhnhardt* ähnelt, wurde nicht gefahndet. Ein interner Bericht des Verfassungsschutzes geht von 4-6 Tätern aus. Selbst der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages *Clemens Binniger*, CDU-Mann und ehemaliger Polizist, äußert Zweifel an der offiziellen Version der Bundesanwaltschaft. Er hält die ursprüngliche Arbeitshypothese der Heilbronner Polizei, die ebenfalls von ca. 6 Tätern ausgeht, für plausibler. Die Frage drängt sich auf: Wer soll hier geschützt werden und warum?

Der Staat verbreitet hier eine offensichtliche Lügenversion, was natürlich entscheidend dazu beiträgt, dass auch im Fall der diversen Todesfälle im Umfeld des Mordes an *Kiesewetter*, die Glaubwürdigkeit der offiziellen Erklärungen angezweifelt wird.

2009 verbrennt Arthur Christ, ein in Baden-Württemberg aktiver Neonazi, neben seinem Auto.

Der 18-Jährige war in der regionalen Neonazi-Szene aktiv. Die Polizei stieß auf ihn im Zuge der Ermittlungen zum Mord an *Michèle Kiesewetter*. Der brennende *Arthur Christ* wird neben seinem ebenfalls brennenden Auto liegend aufgefunden und verstirbt. Ob die Todesursache Mord oder Selbstmord ist, kann nicht ermittelt werden. Ein Phantombild, das aufgrund einer Zeugenaussage nach dem Mord an *Kiesewetter* erstellt wurde, sieht ihm laut Polizeibericht „verblüffend ähnlich“ (Phantombild 23/07).

2013 Florian Heilig, ein Nazi-Aussteiger im Zeugenschutzprogramm des Landeskriminalamtes, verbrennt in seinem Auto.

Er befindet sich auf dem Weg zu einer Aussage beim Landeskriminalamt, um über sein Wissen im Mordfall *Kiesewetter* auszusagen. Bereits im Jahr 2011, kurz nach der Selbstaufdeckung des NSU, machte *Heilig* bei einer Vernehmung Aussagen zum Mord an *Kiesewetter* und zu einer weiteren rechtsterroristischen Gruppierung namens NSS (Neoschutzstaffel). Zwei Jahre später wird er abermals vorgeladen, um seine Aussagen zu präzisieren und seine Behauptungen zu belegen. Dazu kam es nicht.

Bereits 8 Stunden nach *Florian Heiligs* Tod, lange bevor das Ergebnis der Obduktion vorliegt, legt der Staatsanwalt *Dr. Stefan Biehl* die Todesursache fest: Selbstmord aus Liebeskummer.

Sowohl seine Ex-Freundin *Melisa Marjanovic*, wegen der er sich umgebracht haben soll, als auch die Familie und sein soziales Umfeld bestreiten diese Möglichkeit von Anfang an.

2014 Thomas Richter, einflussreicher Neonazi-Aktivist und V-Mann des Verfassungsschutzes, stirbt an einem Diabetes-Schock.

Thomas Richter, alias V-Mann „Corelli“ sollte beim NSU-Prozess in München als Zeuge aussagen. Er stirbt kurz davor im Alter von 39 Jahren, laut ursprünglichem Obduktionsbericht an einer nicht erkannten Zuckererkrankung. Im Juni 2016 relativiert *Prof. Werner A. Scherbaum*, Gutachter des Obduktionsberichtes, sein Gutachten dahingehend, dass der Tod möglicherweise auch durch Rattengift herbeigeführt worden sein könnte.

Corelli ist Bindeglied zwischen der Kameradschaft „Thüringer Heimatschutz“, dem deutschen Ableger des rassistischen Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg und dem NSU-Unterstützermilieu. Der Vorgesetzte *Kiesewetters*, ihr Gruppenführer *Timo H.*, der ihren Dienstplan für den Tattag änderte, ist wie *Richter* Mitglied des Ku-Klux-Klan Baden-Württemberg.

2015 *Melisa Marijanovic*, kurzzeitig mit *Florian Heilig* liiert, stirbt an einer Lungenembolie in Folge eines blauen Flecks am Knie.

Die 20-jährige hat einen leichten Motocross-Unfall mit einer Verletzung am Knie. Trotz zweimaliger Vorsorge-maßnahme gegen Thrombose bildet sich ein Blutgerinnsel, das zu einer tödlichen Lungenembolie führt.

Melisa Marijanovic sagt am 2. März 2015 vor dem Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschuss aus, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit, weil sie sich bedroht fühlt. Laut Stuttgarter Nachrichten wurde sie deshalb gemeinsam mit ihrem neuen Freund *Sascha Winter* im Dienstwagen des Ausschussvorsitzenden *Wolfgang Drexler* zur nichtöffentlichen Vernehmung chauffiert. Laut *Drexler* kann sie keine verwertbaren Aussagen zum Mord an Kiesewetter machen.

Sie bestritt die Behauptung der Staatsanwaltschaft, *Florian Heilig* hätte sich wegen Liebeskummer umgebracht, allerdings wurde sie von der Polizei nie dazu befragt. Genauso wenig wie die Familie.

2016 *Sascha Winter*, vormaliger Verlobter von *Melisa Marijanovic*, begeht laut Staatsanwalt Selbstmord.

Er hatte *Melisa Marijanovic* zu ihrer Aussage vor dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss begleitet.

Winter wird erhängt in derselben Wohnung aufgefunden, in der *Melisa Marijanovic* starb. Er soll wenige Minuten vor seinem Tod eine Abschieds-SMS verschickt haben. Wer sie bekommen hat und was darin steht ist nicht bekannt.

2017 *Corinna B.*, ehemaliges Mitglied der Ludwigsburger Nazi-Szene, stirbt zwei Tage nach ihrer Ladung als Zeugin vor dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss.

Sie stirbt im Alter von 46 Jahren in einem Pflegeheim. Eine gerichtsmedizinische Untersuchung der Todesursache gibt es nicht und kann es auch nicht mehr geben, da die Tote sofort eingeäschert wird.

Sie ist in den 90er Jahren und Anfang der 2000er Jahre in der Ludwigsburger Naziszene aktiv, als *Mundlos* und *Zschäpe* dort mehrfach an Treffen teilnehmen. In dieser Zeit ist sie die Freundin eines führenden Nazi-Kaders, der aus Thüringen stammt und in Baden-Württemberg mehrfach Nazikonzerte organisiert.

Es bleibt noch anzumerken:

Die V-Frau „Krokus“ des Baden-Württembergischen Verfassungsschutzes meldete unmittelbar nach dem Mord an der Polizistin *Kiesewetter* in Heilbronn, dass Neonazis versuchen, Informationen über den schwer verletzten Polizeibeamten *Martin Arnold* zu bekommen.

Er saß beim Mord an *Kiesewetter* neben ihr im Streifenwagen und lag nun mit einer Kopfschussverletzung im Krankenhaus. Die Nazis wollten wissen, ob er überleben würde und sich an den Tathergang erinnern kann. Gegenüber dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss leugnete der Verfassungsschutz zunächst die Existenz der V-Frau. Als dies nicht mehr haltbar war, wurde ihre Akte manipuliert.

Sowohl Neonazi-Aussteiger *Florian Heilig* (†) als auch V-Frau „Krokus“ berichteten vor Bekanntwerden des NSU von einer lokalen Nazigruppe namens „Neoschutzstaffel“ (NSS). Nach ihren Aussagen waren andere Täter in den Mordanschlag verwickelt als die offiziell Beschuldigten *Mundlos* und *Bönnhardt*.

In der Zwischenzeit ist die V-Frau „Krokus“ nach mehreren Drohungen ins Ausland abgetaucht und zu keiner Zusammenarbeit mit den deutschen Ermittlungsbehörden mehr bereit.

Der demokratische bürgerliche Staat und seine Nazis (1)

Die junge BRD bedient sich alter Nazi-Kader

Es gehört zu den dunklen Kapiteln deutscher Geschichte, dass nach Zerschlagung der Nazi-Diktatur der größte Teil der belasteten Funktionsträger ihre Karriere im neuen Staatsapparat der Bundesrepublik Deutschland nahtlos fortsetzen konnten. Nachdem seitens der Westmächte bis 1947 durchaus die Bereitschaft bestand, Nazi-Verbrecher zu bestrafen, wurde spätestens ab 1947 mit der Truman-Doktrin eine Wende vollzogen.

Der neue Feind hieß von nun an Sowjetunion und die Westmächte beschlossen, sich im Kampf gegen den Kommunismus der alten Nazi-Kader zu bedienen.

Namen, wie

Hans Globke (Mitverfasser und Kommentator der Nürnberger Rassegesetze – dann als Adenauer Vertrauter Ministerialdirigent im Bundeskanzleramt),

Reinhard Gehlen (ehemals Chef des Nazi-Geheimdienstes „Fremde Heere Ost“ – dann erster BND-Chef),

Hans Filbinger (ehemals NS-Marine-Blut-Richter – dann CDU-Ministerpräsident),

oder der von Beate Klarsfeld geohrfeigte CDU-Bundeskanzler **Kurt Georg Kiesinger** (NSDAP-Mitglied seit 1933, Ministerialdirigent im Reichsaußenministerium ab 1940) stehen dafür plakativ.

Die Statistik liefert dazu trockene Zahlen: Im Wirtschaftsministerium waren bis zu 80% der leitenden Beamten ehemalige NSDAP-Mitglieder. Im Außenministerium über 70%.



Kurt Georg Kiesinger

Hans Filbinger



Angeklagte im Nürnberger IG Farben Kriegsverbrecherprozess

Auch in der Wirtschaft stehen zum Beispiel die Namen der Industriellen **Friedrich Flick** und **Alfried Krupp von Bohlen und Halbach** für Kontinuität zwischen Nazi-Zeit und Bundesrepublik Deutschland. Ursprünglich von den US-Amerikanern als Kriegsverbrecher enteignet und zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt, kamen sie im Zuge der antikommunistischen Neuausrichtung der kapitalistischen West-Alliierten frei und wurden erneut Wirtschaftsführer in der BRD.

Im Bereich der Chemieindustrie sind **Carl Krauch**, **Fritz ter Meer** und **Otto Ambros**, Vorstände der IG Farben, die das berüchtigte Sklaven- und Mordlager Auschwitz Monowitz betrieb, weitere Beispiele für ursprünglich verurteilte Nazi-Kriegsverbrecher, deren Karriere in der BRD nach der vorzeitigen Haftentlassung ungebremst weiterging.

Im Bankensektor steht der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank **Hermann Josef Abs** wie kein Zweiter für Kontinuität zwischen III. Reich und BRD.

Ehemalige NSDAP-Mitglieder bei CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag					
Jahr	1949-53	1953-57	1957-61	1961-65	1965-69
CDU/CSU	50	108	126	119	109
FDP	15	28		44	31
Minister	3	11	11	11	14

Nicht nur „Schreibtischtäter“ werden rekrutiert

Ein besonders abschreckendes Beispiel dafür, dass die USA und die BRD keinerlei Skrupel haben, Nazis und Massenmörder für die eigenen Interessen in Dienst zu nehmen ist der ehemalige Gestapo-Kommandant von Lyon und grausame Folterer **Klaus Barbie**, auch bekannt als der „Schlächter von Lyon“. Er tauchte kurz vor Kriegsende unter und wurde 1947 Agent des US-Geheimdienstes CIC, dem Vorläufer der CIA.

Ab 1950 rekrutierte er in deren Auftrag in der BRD Mitglieder für den rechtsextremen „Bund Deutscher Jugend“. In Frankreich wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Nachdem es für ihn in Europa zu gefährlich wurde, verhalfen ihm die USA über die so genannte „Rattenlinie“ zur Flucht nach Südamerika. Im bolivianischen Innenministerium wurde er unter dem Diktator *Hugo Banzer Sánchez* als Ausbilder zur Aufstandsbekämpfung beschäftigt. 1966 wurde er vom BND als Agent übernommen.



Klaus Barbie, Schlächter von Lyon, CIA und BND-Agent

Die „Stay behind“-Terrorgruppen

In der Zeit des „Kalten Krieges“ bauten alle westeuropäischen Staaten unter Führung der NATO sogenannte „Stay behind“-Gruppen auf. Diese hatten zwei Aufgabenbereiche. Sie sollten im Kriegsfall mit dem Ostblock hinter den feindlichen Linien („stay behind“) bewaffnete Terror- und Sabotageaktionen durchführen. Und sie sollten bereits in Friedenszeiten Kommunisten und andere NATO-feindliche Linke bekämpfen, um deren legalen politischen Einfluss zu begrenzen.

Auch für diesen staatlich organisierten Terror bedienten sich die westlichen Staaten hauptsächlich organisierter Nazis, weil diese durch ihren strikten Antikommunismus und die notwendige Gewaltbereitschaft für die Durchsetzung der eigenen Ziele am besten geeignet waren.

Vor allem in Italien gelang durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss und investigative Journalisten ein aufschlussreicher Einblick in die Strukturen dieser geheimen, antikommunistischen, in ganz Westeuropa aktiven NATO-Organisation. Die Zusammenarbeit von staatlichen Repressionsorganen (Innenministerium, Staatsanwaltschaft, Polizei...) mit mordenden Neonazis, um innenpolitische Ziele durchzusetzen, wurde ausführlich im Fall des Bologna-Attentats mit 80 Toten und im Fall der Putsch-Loge P2 nachgewiesen.

Eine Terrortruppe, die nie existiert hat, wird aufgelöst

Auf die parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten *Andrej Hunko* (Die Linke) 2013 zur Stay-behind-Truppe in Deutschland, erklärt Staatsminister *Eckart von Klæden* (CDU): „Infolge der weltpolitischen Veränderungen hat der Bundesnachrichtendienst in Abstimmung mit seinen alliierten Partnern zum Ende des 3. Quartals 1991 die Stay-behind-Organisation vollständig aufgelöst“. Eine Organisation, deren Existenz 40 Jahre lang geleugnet wurde, wurde also offiziell für aufgelöst erklärt.



Karl-Heinz Hoffmann (re.) mit Kameraden seiner Wehrsportgruppe

Auch in Deutschland gibt es massenweise Hinweise darauf, dass verschiedene Morde im Zusammenhang mit organisierten Nazis der „Wehrsportgruppe *Hoffmann*“, Geheimdiensten und der „Stay-behind“-Struktur stehen. Bereits lange vor den Morden des NSU weigerten sich Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte standhaft, Ermittlungen in diese Richtung auch nur anzudeuten.

Trotz zahlreicher anderslautender Zeugenaussagen und Indizien präsentierten die Ermittler unabhängig handelnde Einzeltäter am Fließband: *Oxner*-Attentat in Nürnberg, Oktoberfest-Anschlag in München, die Morde an dem Erlanger Verleger-

ehepaar *Shlomo Lewin* und *Frida Poeschke*... Wer anderes vermutete wurde als Verschwörungstheoretiker diffamiert – wie sich die Bilder gleichen.

Der demokratische bürgerliche Staat und seine Nazis (2)

Die Rolle der Ermittlungsbehörden im NSU-Komplex

Wenn man sich mit den Ermittlungen im NSU-Komplex kritisch auseinandersetzt, stößt man auch hier unweigerlich auf die zentrale Frage, wie tief die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden in die Mordserie des NSU verstrickt sind. Kurz bevor die ehemaligen Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes (THS) abtauchen, wird am 26.1.1998 bei der Durchsichtung einer von *Beate Zschäpe* angemieteten Garage eine Liste gefunden, die das „Who is Who“ mutmaßlicher UnterstützerInnen des NSU enthält. Diese sogenannte Garagenliste landet dann angeblich für mehr als 10 Jahre in der Asservatenkammer.

In allen Fällen der Mordserie wird jahrelang einzig und allein zu den Themenfeldern Organisierte Ausländerkriminalität, PKK-Mitgliedschaft, Geldwäsche und/oder Drogenhandel ermittelt. Die Opfer-Angehörigen werden systematisch zu Tätern gemacht. Als ein Profiler des LKA Bayern 2006 rechtsextreme Täter mit rassistischer Gesinnung für wahrscheinlich hält, beginnen halbherzige Ermittlungen gegen Nazis. Schließlich wird diese Ermittlungsrichtung auf Betreiben verschiedener Vorgesetzter abgewürgt.

Bundesweit ist institutioneller Rassismus handlungsleitend für alle mit der Mordserie befassten Behörden. Schon die Namen der Ermittlungskommissionen sprechen Bände: „Halbmond“ und „Bosporus“! Bei den Ermittlungen zum 9. Mordopfer *Halit Yozgat* in



NSU-Unterstützer Volker Bouffier

Kassel gab es einen von der Polizei ermittelten Tatverdächtigen, der zur Tatzeit am Tatort anwesend war und sich nicht als Zeuge gemeldet hatte: der Verfassungsschutzbeamte *Andreas Temme*. Der damalige Innenminister von Hessen *Volker Bouffier* unterbindet weitere Ermittlungen mit dem Hinweis auf eine Gefährdung des Staatswohls (siehe Tafel 5/Seite 12).

Der Schutz des Verfassungsschutzes hat einen höheren Rang als die Aufklärung einer Mordserie an Bürgern mit migrantischem Hintergrund. Als durch die Selbstaufdeckung nicht mehr geleugnet werden konnte, dass organisierte Nazis die Morde begangen haben, werden zeitgleich in verschiedenen Landesämtern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz massenweise Akten geschreddert.

Der Staat lanciert Verschwörungstheorien

Die deutschen Behörden haben bis zur Selbstaufdeckung des NSU selbst die phantastischsten Märchen und Geschichten in den Medien lanciert: So wurde Frau *Şimşek* des Auftragsmordes an ihrem Ehemann beschuldigt und jahrelang kriminalisiert. Zur Verschwörungstheorie gehörte auch die frei erfundene Geschichte, dass ihr Ehemann eine Beziehung zu einer blonden deutschen Frau unterhalten hätte, mit der er zwei Kinder gehabt habe. In Heilbronn wurde zur besten Sendezeit das Märchen von einer russischen Auftragskillerin erzählt, die die Polizistin *Michèle Kiesewetter* ermordet und ihren Kollegen schwer verletzt haben soll.

Aufarbeitung und Konsequenzen à la BRD

Die Ankläger interessieren sich nach eigener Aussage nicht für die staatliche Beteiligung an Nazi-Strukturen, sondern versuchen, alle Schuld auf die beiden toten Mitglieder des Trios abzuwälzen.

Dem entsprechend ist die offizielle Geschichte des NSU, wie sie im Prozess in München erzählt und verhandelt wird, in ihren wesentlichen Zügen eine große Lüge.

Mittlerweile sind über 40 V-Leute im NSU-Umfeld bekannt, die Geld, Pässe, Unterschupf, Waffen, Sprengstoff etc. besorgt haben.

Nachdem anfänglich diese V-Mann-Praxis noch kritisiert wurde, ist heute keine Rede mehr davon.

Als Konsequenz werden die Geheimdienste mit noch mehr Personal, Finanzen und Kompetenzen ausgestattet. Das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten wurde in wichtigen Passagen aufgehoben.

„Die Geheimdienste haben – nach ihrer alles in allem erfolgreichen Operation „NSU“ – bekommen was sie wollen. Nun reicht es mit der Verfolgung von Neonazis.“ (Kommentar in der *jungen Welt*, 31.05.2017)

Während der Chefankläger *Herbert Diemer* im Münchner NSU-Prozess in seinem Plädoyer gegen die Anwälte der Opfer pöbelt, wird zur selben Zeit in Koblenz ein seit 5 Jahren laufendes §129-Verfahren gegen 26 Personen einer braunen Schlägerkameradschaft eingestellt. Begründung: übermäßige Verfahrenslänge.

Der NPD-Landtagskandidat *Florian S.* raste 2011 mit seinem Auto in eine Gruppe Linker. 2014 fällt das Urteil: Freispruch wegen „Notwehr“!

Die 2015 gegründete Nazi-Gruppe *Freital* war mindestens von einem Polizeibeamten infiltriert. Die Nazis können trotz frühzeitigem Spitzelbericht und Telefonüberwachung problemlos Anschläge verüben.

Der in der Bundeswehr als Rechtsextremist bekannte Offizier *Franco Albrecht* kann sich 2017 ohne Sprachkenntnisse als syrischer Flüchtling anerkennen lassen, um unter „falscher Flagge“ islamistischen Terror zu simulieren. Die österreichische (!) Polizei vereilt dies.

Die Eliteeinheit „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr verabschiedet ihren Kompaniechef *Pascal D.* mit einer Naziparty auf einem Gelände der Bundeswehr inklusive Hitlergruß, Rechtsrock von der Band „Sturmwehr“, Schweinskopf-Weitwurf und angemieteter Prostituiertes.



Der NSU – eine politische Analyse

Um die Wahrheit über den NSU zu ergründen, können wir die offizielle staatliche Version vom „Trio“ und den tausend Pannen getrost als unsinnige Verschwörungstheorie verwerfen. Fakt ist, dass die Geheimdienste der BRD das NSU-Netzwerk aufgebaut und beschützt haben. Und ihr gesamtes Verhalten nach der Selbstaufdeckung des NSU zeigt, dass sie es bis heute beschützen.

Die Frage, die sich stellt, lautet: Warum macht ein demokratischer Staat sowas? Da er uns seine Motive leider nicht mitteilt, können wir zwangsweise nur spekulieren (im besten Kant'schen Sinne), kombinieren, logisch ableiten, Schlussfolgerungen ziehen, dabei das Wesen des kapitalistischen Staates berücksichtigen und sein Verhalten in der Vergangenheit zum Vergleich heranziehen.

Es gilt nach wie vor die allgemeine theoretische Erkenntnis, dass der Faschismus eine Form bürgerlicher, das heißt kapitalistischer Herrschaft ist. Für den Kapitalismus ist der Faschismus eine Option zur Macht- und Systemerhaltung. Deshalb hat der bürgerliche Staat ein Interesse daran, dass es auch in der Demokratie faschistische Strukturen gibt.

Es geht jedem kapitalistischen Staat – ob demokratisch oder faschistisch – darum, zu verhindern, dass sich die ausgebeuteten Klassen gegen „die da oben“ verbünden und die kapitalistische Herrschaft beenden. Die Spaltung der Gesellschaft nach nationalistischen oder völkischen Gesichtspunkten, wie sie die Nazis vertreten, ist deshalb in jedem bürgerlichen Staat im Interesse der herrschenden Klasse.

Um in der Praxis die Option auf eine faschistische Herrschaft zu besitzen, muss es Menschen mit der dazu gehörigen Ideologie und einer menschenverachtenden Brutalität, die über Leichen geht, geben. Paramilitärs bilden sich nicht einfach, wenn man sie braucht, man muss sie schon präventiv aufbauen.

Pogrome, Mord, Hinrichtungen und Bombenanschläge sind in der parlamentarischen Demokratie laut Bürgerlichem Gesetzbuch verboten. Wenn sich allerdings die Interessen des demokratischen Staates mit denen der Nazis decken, warum also nicht die Nazis dazu anstiften, organisieren, bewaffnen und morden lassen.

Die sehr spezielle geschichtliche Situation, in der das NSU-Netzwerk gesponnen wurde: Gewinn des Kalten Krieges, Auflösung des Warschauer Pakts, Einverleibung der ehemaligen DDR, rechtfertigt eben auch spezielle Methoden. Denn niemand in den Geheimdiensten der BRD konnte die Reaktion der DDR-Bevölkerung und mögliche Aktionen ausgebildeter SED-Kader vorhersehen.

Man hat „blühende Landschaften“ versprochen, aber Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit geliefert. Man hat mit Friedens-Dividenden für das Überwinden der Blockkonfrontation gelockt, aber allerorten Kriege vom Zaun gebrochen. Man hat die Menschen mit der „Konsumgesellschaft“ geködert, aber das Sozialsystem auf Hartz IV-Niveau gedrückt.

Da ist es aus Sicht des kapitalistischen Staates eben vorausschauend, die Schein-Alternative einer faschistischen Ideologie einschließlich der dazu gehörenden Parteien und Organisationen in der Tasche zu haben, bevor aus all diesen Widersprüchen eine relevante linke und antikapitalistische Bewegung erwächst.

Das Antifaschistische Aktionsbündnis Nürnberg (AAB)

Das AAB existiert seit 1993 und ist ein Bündnis verschiedener autonomer und radikal linker Gruppen und Einzelpersonen. Es stellt eine außergewöhnliche Erfolgsgeschichte antifaschistischer Politik im Großraum Nürnberg/Fürth dar.

1994 trat das Bündnis mit einem Paukenschlag erstmals an die Öffentlichkeit: Über 2000 Menschen verhinderten damals, dass bei einer Kundgebung der REPs vor der Lorenzkirche in Nürnberg Nazi-Propaganda verbreitet werden konnte.

Seitdem fand kein öffentlicher Nazi-Event ohne unsere kreative Begleitung statt. Während die Stadt Nürnberg jahrelang zum „aktiven Ignorieren“ von Nazi-Aufmärschen aufrief, waren wir immer vor Ort und stellten uns den Nazis direkt entgegen.

Was sonst noch geschah – einige wenige Beispiele

- Hervorzuheben ist die Gaststätte „Tiroler Höhe“ in Nürnberg, in der der spätere Terrorist *Uwe Mundlos* an Nazi-Veranstaltungen teilnahm, die von NPD Mann *Ralf Ollert* organisiert wurden. Bereits 1995 mobilisierte das AAB zu einer Demonstration gegen diesen Nazi-Treffpunkt.
- 1996 konnten wir die Förderung einer Nazi-Gruppierung in Nürnberg-Ziegelstein durch einen CSU-Funktionär öffentlich machen.
- Viele Nazi-Versammlungsorte wurden im Laufe von über 20 Jahren geoutet und angegangen. Zum Beispiel die Gaststätten „Bamberger Hofbräu“ oder „Reichswald“, um nur zwei zu nennen – am Ende mussten sie aufgrund unserer Aktionen schließen.
- Weitere Beispiele sind das Palmzentrum, ein Schulungszentrum der Jungen Nationaldemokraten (der Jugendorganisation der NPD), der Nazi-Laden Utgard in Fürth oder der Nazi-Klamottenladen Tonsberg in Nürnberg. Auch sie mussten dicht machen, wie von uns versprochen.
- Im Jahr 2006 konnten wir mit unserer Mobilisierung und einer Blockade verhindern, dass eine Nazi-Demonstration durch den multikulturellen Stadtteil Gostenhof ziehen konnte.
- Als der Pegida-Ableger Nügida 2015 erstmals in Nürnberg mit einer Demonstration in Erscheinung trat, konnten wir mit einer Gegendemo und der Blockade der Route einen weiteren antifaschistischen Erfolg verbuchen.

Seit geraumer Zeit versucht nun der Verfassungsschutz, uns in den Burnout zu treiben. Seine Nazis leiden offensichtlich an einem Hyperaktivitätssyndrom und melden teilweise wöchentlich Aufmärsche an (sei es als Nügida, Pegida, die Rechte, der III. Weg oder als AfD).

Wir versprechen euch: Das wird nicht gelingen. Wenn Nazis auf die Straße gehen, werden wir auch in Zukunft da sein!

Nach der Selbstenttarnung des NSU wurde sehr schnell sichtbar, dass der Staat mit seinen Geheimdiensten bis über beide Ohren im Nazi-Sumpf steckt. Akten schreddern, Vertuschen und Lügen, dass sich die Balken biegen. Das ist der Beitrag der verschiedenen „Verfassungsschutz“-behörden zur Aufklärung der Morde. Unsere Antwort darauf lautete schon im März 2012:

Nazistrukturen bekämpfen. Verfassungsschutz abschaffen. Antifa in die Offensive.



Auch Selbstkritik müssen wir üben

Bei allen Erfolgen müssen wir jedoch auch selbstkritisch sein. Von den drei Morden des NSU, die in den Jahren 2000, 2001 und 2005 in Nürnberg verübt wurden, haben wir keinen der Nazi-Szene zugeschrieben. Auch wir haben die Verlautbarungen der Polizei und die rassistische Berichterstattung der Medien nicht kritisch hinterfragt,

obwohl wir wussten, dass zum Beispiel bei dem rassistischen Pogrom 1992 in Rostock-Lichtenhagen Nazi-Aktivisten Absprachen mit Polizeiführern trafen,

obwohl wir wussten, dass zum Beispiel im Jahre 1996 eine Nazi-Party auf dem Gelände der Nürnberger Bereitschaftspolizei stattgefunden hatte, bei der USK-Polizisten Nazi-Lieder sangen und sich gegenseitig mit Hitlergruß fotografierten,

obwohl wir wussten, dass der Geheimdienst Nazi-Strukturen aufbaut und unterhält, wie es im NPD-Verbotsverfahren Anfang der 2000er Jahre herauskam,

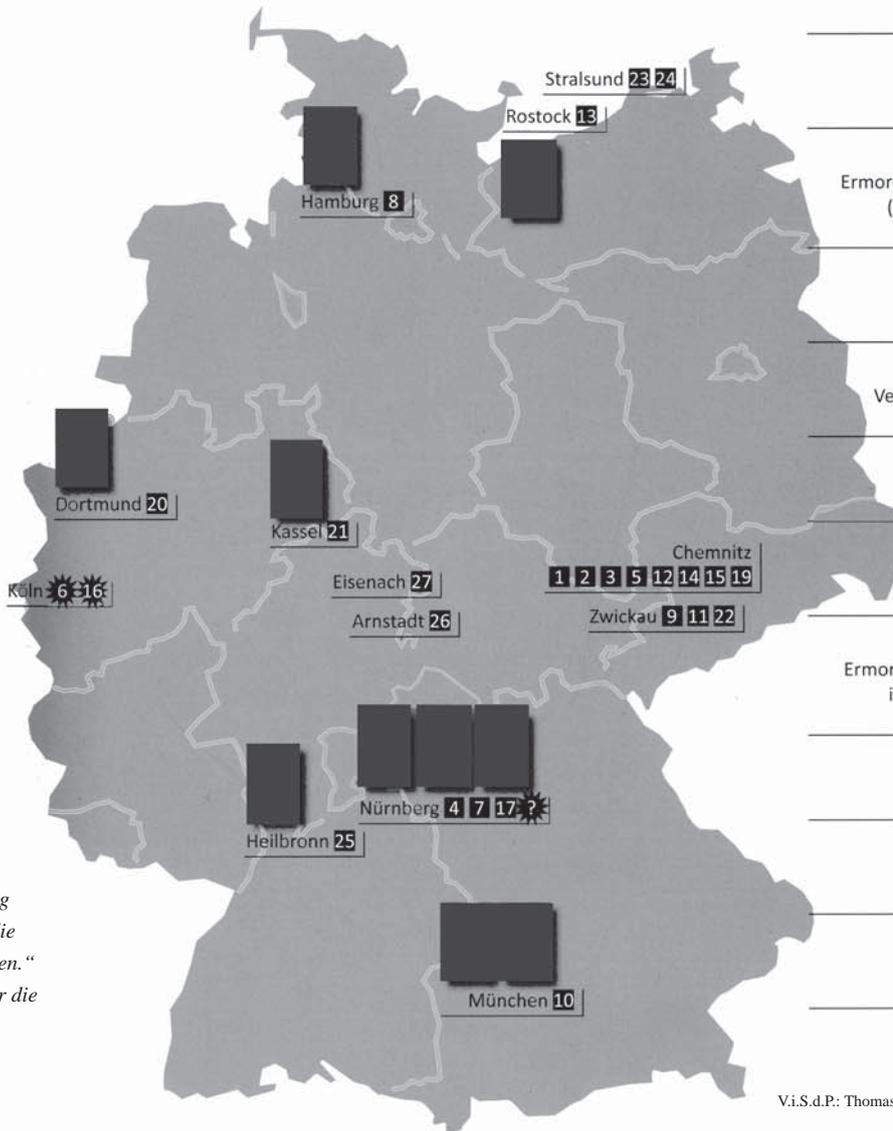
obwohl uns das alles bekannt war, konnten wir uns in diesem Fall nicht vorstellen, dass Polizei und Verfassungsschutz Nazis decken, die Morde begehen.

Jetzt sind wir schlauer. Unsere Demo-Parole „Staat und Nazis Hand in Hand – organisiert den Widerstand“ wurde in erschreckender Weise von der Realität überholt.

**Auf diesen Staat brauchen wir im Kampf gegen Nazis nicht zu hoffen.
Gegen Nazis hilft nur eines: Organisiert euch, leistet Widerstand.**

Chronologie der NSU-Verbrechen

1998	19.12.	2004
18.12. Raubüberfall auf einen Edeka-Laden in Chemnitz 1	Bombenanschlag auf ein deutsch-iranisches Geschäft in Köln. Die Bombe detonierte am 19.01.2001 6	25.02. Ermordung von Mehmet Turgut in Rostock 13
1999	2001	2005
23.06. Mutmaßlicher Bombenanschlag auf die Kneipe eines türkischstämmigen Betreibers in Nürnberg 7	13.06. Ermordung von Abdurrahim Özüdoğru in Nürnberg 7	14.05. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz 14
06.10. Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz 2	27.06. Ermordung von Süleyman Taşköprü in Hamburg 8	18.05. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz 15
27.10. Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz 3	05.07. Raubüberfall auf eine Postfiliale in Zwickau 9	09.06. Nagelbombenanschlag in der Keupstraße in Köln mit mehr als zwanzig zum Teil lebensgefährlich Verletzten 16
2000	29.08. Ermordung von Habil Kılıç in München 10	2006
09.09. Ermordung von Enver Şimşek in Nürnberg 4	2002	09.06. Ermordung von İsmail Yaşar in Nürnberg 17
30.11. Raubüberfall auf eine Postfiliale in Chemnitz 5	25.09. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Zwickau 11	15.06. Ermordung von Theodoros Boulgarides in München 18
	2003	22.11. Versuchter Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz 19
	23.09. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Chemnitz 12	2007
		18.01. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Stralsund 24
		25.04. Ermordung von Michèle Kiesewetter in Heilbronn, ein Polizist wurde lebensgefährlich verletzt 25
		2011
		07.09. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Arnstadt 26
		04.11. Raubüberfall auf eine Sparkasse in Eisenach 27



Quelle:
Begleitband zur Ausstellung
„Die Opfer des NSU und die
Aufarbeitung der Verbrechen.“
Wir danken dem ISFBB für die
Erlaubnis zum Abdruck.